

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Artikel bleibt mit Ausnahme der Son- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Belegpreis bei Bestellungen monatlich 4 Mk., durch unsere Vertreter zugunsten in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.80 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 Mk. mit Zustellungsgebühren. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie andere Anfragen und Geschäftsverträge nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle längerer Abwesenheit, Krieg oder sonstigen Betriebsstörungen hat der Besteller seinen Auftrag auf Lieferung der Zeitung oder Abrechnung des Bezugspreises.



Interessentpreis 1 Mk. für die karbidarmen Sorten oder deren Name, Lieferpreis 90 Pfg., Restsumme 2.80 Mk. Bei Abrechnung und Interessentpreis entwerfender Preisnachschlag. Bestellungen in amtlichen Zeit für den Restlichen die nächsten Monatszahl 3 Mk. Nachbestellungsgebühren 30 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anfragen überrechnen wir keine Provision. Jeder Anzeigenpreis erhöht, wenn der Beitrag durch Mängel eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rente geht.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentenamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zichauke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zichauke, beide in Wilsdruff.

Nr. 42.

Sonnabend den 19. Februar 1921.

80. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

### Landbezug v. Braunkohlenbriketts betr.

Zur Abfuhr im Monat März haben der Amtshauptmannschaft von den Braunkohlenwerken in Pleßta und von Müllgrube in Rückenberg Briketts zur Verfügung. Von Pleßta hat die Abholung in der Zeit vom 1. bis 8. März und von Rückenberg vom 12. bis 20. März zu erfolgen. Diejenigen, welche von diesem Bezug Gebrauch zu machen wünschen, wollen baldigst einen entsprechenden Antrag mit Angabe der Menge in Zentnern und unter Vorlegung der Kohlenkarte hierher einreichen. Der Abfuhrtag, der auf dem Landabsatzschein vermerkt ist, ist nach Möglichkeit einzuhalten. Auf jeden Fall muß jedoch die Abfuhr innerhalb der vorstehend angegebenen Fristen erfolgen. 617a II R.

Meißen, am 17. Februar 1921. Die Amtshauptmannschaft.

Es wird darauf hingewiesen, daß nicht abbestellte Waren nicht zurückgenommen werden.

Ein Verkauf der Lebensmittel vor der angelegten Zeit darf nicht erfolgen.

Nr. 33c II F. Meißen, den 16. Februar 1921. Die Amtshauptmannschaft.

### Ausdruck und Ablieferung von Brotgetreide und Gerste.

1. Nach der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 3. Februar 1921 — 303 V. LA 1b 1 — ist auch für den Kommunalverband Meißen-Stadt und -Land folgendes bestimmt worden:

1. Die Besitzer von Brotgetreide und Gerste, das gemäß § 1 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 beschlagnahmt ist, haben dieses spätestens bis zum 28. Februar 1921 auszuliefern.

Unmittelbar im Anschluß an den Ausdruck und spätestens bis zum gleichen Zeitpunkt ist das Getreide abzuliefern, soweit es nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen zurückgehalten werden darf.

2. In einzelnen besonders begründeten Ausnahmefällen, in denen der Ausdruck und die Ablieferung bis zum 28. Februar 1921 auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt, ist der Kommunalverband berechtigt, die Frist bis zum 15. März 1921 zu verlängern. Gesuche um Verlängerung der Ausdruckfrist über den 15. März 1921 hinaus sind unter eingehender Begründung beim Kommunalverband Meißen-Stadt und -Land einzureichen, der sie unter tatsächlicher Stellungnahme der Landesgetreidestelle vorzulegen hat.

3. Wer den Ausdruck und die Ablieferung des Getreides innerhalb der vorstehend angegebenen oder auf Grund dieser Verordnung festgelegten Fristen schuldhaft unterläßt, wird auf Grund von § 80 Nr. 12 der RVO. für die Ernte 1920 mit Gefängnis bis zu 1 Jahre und mit Geldstrafe bis zu 50000 Mk. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

II. Es wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nach den vorstehenden, vom Wirtschaftsministerium festgelegten Bestimmungen sich alle Landwirte strafbar machen, die nach dem 28. Februar unausgedroschenes oder ausgedroschenes ablieferungspflichtiges Getreide ohne besondere Genehmigung des Kommunalverbandes besitzen. Nr. 115 W.

Meißen, am 16. Februar 1921. Der Kommunalverband Meißen-Stadt u. -Land.

### Lebensmittelverteilung im Kommunalverband Meißen-Land.

In der Woche vom 20. bis 26. Februar 1921 werden im Bezirke des Kommunalverbandes Meißen-Land folgende Lebensmittel verteilt:

- a) auf sämtliche Nährmittelfarten, Reihe IV, Abschnitt 8
  - 250 Gramm amerikanisches Weizenmehl, Pfundpreis 5,20 Mk.
  - 250 Teigwaren 8,00
- b) auf gelbe und weiße Nährmittelfarten, Reihe IV, Abschnitt 8
  - 1 Paket Zwieback, Preis für das Paket 1,95 Mk. oder
  - 1 Reis 1,80
  - 1 Dose kond. Milch ohne Zucker, Preis für die Dose 8,50 Mk.
- c) auf sämtliche Lebensmittelarten, Reihe IV, Abschnitt 8
  - 2 Päckchen Milchpulver, Preis für das Päckchen 0,55 Mk.

Die Händler haben sich wegen des Bezuges der Waren unverzüglich mit ihren Handelsstellen in Verbindung zu setzen.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

- \* In einer dritten Rede in Karlsruhe sprach sich Reichsminister Dr. Simons noch einmal gegen die Umbildung des Pariser Diktates aus.
- \* Die Einbruchskrise gegen die Listen für die obersteinstufige Abstimmung läßt entgegen einer Meldung, die von einer Verlängerung wissen wollte, nur bis zum 22. d. Mts.
- \* Der Reichstagsabgeordnete Dr. Hugo ist von der Leitung der Außenhandelsstelle für den Ausfuhrhandel zurückgetreten.
- \* Bei einer Reise durch die zerstörten Gebiete Frankreichs erklärte Louchet die Schadenangaben einzelner Städte als zu hoch und befragte die mangelnde Initiative beim Wiederaufbau.
- \* Rumänien bezieht keine Entschädigungsansprüche an Deutschland auf über einunddreißig Milliarden.
- \* Das Repräsentantenhaus in Washington hat das Flottenbauprogramm, das Nordamerikas Kriegsmarine auf die Stärke der englischen Flotte bringen soll, angenommen.

### „Mobilisierung“ der Kriegsschulden.

Hat man sich von dem Entschluß über die ungeheuerlichen Summen einigermaßen erholt, die das Pariser Abkommen von uns verlangt, so versucht wohl jeder, der sich überhaupt mit diesen Dingen beschäftigt, sich klar zu machen, wie diese Beträge „mobilisiert“, also flüssig gemacht werden könnten. Denn das ist ja das Bemerkenswerte bei der ganzen Angelegenheit: so ungeheuerlich die Summen sind, die man von uns fordert, so bilden sie doch mindestens für eine Reihe von Jahren, für unsere Hauptgegner „einen Tropfen auf einen heißen Stein“. Man hat in Frankreich, zum Teil auch in Belgien, mit der Begründung: „Die Deutschen bezahlen alles“, seit Jahren eine außerordentlich große Gefühlsfreudigkeit entwickelt, die die Ausgabe des Staatshaushalts dieser Länder sehr schwer belastet und in Frankreich z. B. für das laufende Rechnungsjahr einen Fehlbetrag von etwa 16 Milliarden Frank lassen dürfen. Er wird auch die nächsten Jahre sich wohl nicht sehr erheblich verringern. Gegenüber diesem Fehlbetrag, der sich also auf etwa 10 Milliarden Goldmark beläuft, bedeutet der 50prozentige Anteil der deutschen Entschädigungszahlungen von in den ersten Jahren nach Pariser Vorschlag zwei Milliarden Goldmark, also nicht viel, um so weniger, als die bedeutendsten Ausgabeposten Zinsen und Rückzahlungen für Darlehen in England und Amerika sind; im letzteren Lande allein hat Frankreich ja von Staat zu Staat 2,8 Milliarden Dollar entliehen, d. h. also rund 11 Milliarden Goldmark. Solche Rissen lassen es begreiflich erscheinen, daß die Frage der Flüssigmachung der deutschen Kriegsschulden in Frankreich mit beinahe noch größerer Lebhaftigkeit erörtert wird, als die Höhe der Forderung selbst.

Zunächst begegnen sich übrigens in diesem Fall der wohlverstandene Vorteil Deutschlands und Frankreichs. Denn, wie Frankreich wünschen muß, rasch große Beträge

in die Hand zu bekommen, so ist es für Deutschland einfach eine Lebensnotwendigkeit, nicht seine Zukunft auf mehr als ein Menschenalter hinaus zu verpfänden. Daß die von Frankreich geforderten Summen jeglicher Vermunft und Gerechtigkeit ins Gesicht schlagen, ändert nichts an der Tatsache, daß Wege zur Flüssigmachung der deutschen Zahlungen werden gefunden werden müssen.

In diesem Zusammenhange fällt immer zuerst das Wort: Amerika. Und es ist zweifellos richtig, daß die Vereinigten Staaten, die größten Gläubiger des Verbandes, auch bei diesem riesigen Finanzgeschäft der ganzen Weltgeschichte eine Hauptrolle werden spielen müssen. Zum Teil allerdings wird sich diese wohl darauf beschränken, daß die kommende große Entschädigungssanktion in ihrer Währung, in Dollar, ausgestellt wird, weil dies noch immer so ziemlich die festeste Währung darstellt, die wir besitzen. Man darf aber als sicher voraussetzen, daß Kapitalisten auch aller möglichen anderen, vor allem neutralen Ländern, sich als Leihen einzufinden werden. Denn die Anleihe wird verhältnismäßig hoch verzinst sein müssen, sie wird innerhalb absehbarer Zeit zurückgezahlt werden und wird infolge des großen Wertes, um den es sich handelt, einen außergewöhnlich breiten Markt haben. Wie das Geschäft in den Einzelheiten aussehen wird, ist jetzt natürlich noch gar nicht zu beurteilen. Man könnte sich die Sache aber etwa so vorstellen, daß Deutschland mit amerikanischen Bankiers eine Anleihe auf, sagen wir, 1½ bis 2 Milliarden Dollar abschließt, deren Erlös dem Entschädigungsausgleich überwiesen wird, und dort eine ganz erhebliche Anzahl jährlicher Abzahlungen auf einmal begleicht. Man darf hoffen, daß eine solche Anleihe nicht ganz so hoch verzinstlich sein würde wie die kleinen Beträge, die einzelne europäische Staaten während der letzten Monate in der Union aufgenommen haben, sie zahlten gewöhnlich 8 Prozent, und brachten die Anleihe trotzdem meist noch etwas unter 100 Prozent heraus. Andererseits ist nicht ganz sicher, ob nicht irgendwelche bestimmten Wänder für den Betrag werden gestellt werden müssen, wie etwa, daß man sagt, Zinsen und Rückzahlungsbeträge seien zunächst aus dem Ertrag der Zölle zu decken oder so ähnlich. Daß das etwas ganz anderes wäre, als bei in Paris ausgebrütete Ausfuhrzoll oder eine fremde Zollverwaltung, bedarf kaum der Betonung; man könnte es vielleicht am besten mit der Eintragung einer Hypothek vergleichen, die auch erst Bedeutung bekommt, wenn der Schuldner in Verzug gerät — ein Fall, mit dem hier nicht gerechnet zu werden braucht.

Bestände sich nicht die ganze Weltwirtschaft in der fürchterlichsten Unordnung, so wäre es nicht gerade wahrscheinlich, daß sich überhaupt eine Möglichkeit für die Unterbringung einer derartigen Anleihe denken ließe. Aber es gibt kaum einen anderen Weg, Deutschland und Mitteleuropa wieder zu einiger Kaufkraft zu verhelfen; diese Kaufkraft aber braucht der Weltmarkt, brauchen vor allem die großen Rohstoffstaaten, wenn bei ihnen nicht die

Weltwirtschaftskrise zum Zusammenbruch werden soll. Und hierin liegt immerhin eine Hoffnung dafür, daß London ein klein wenig vernünftiger verfahren wird, als es Paris tat. Daß trotzdem von uns ganz gewaltige Opfer werden gefordert werden, ist andererseits sicher. E. S.

### Für des Reiches Einheit.

Dritte Rede von Dr. Simons.

Vor einer großen Anzahl besonders geladener Persönlichkeiten aller Richtungen hielt Reichsminister Dr. Simons in Karlsruhe eine weitere Rede über die politische Lage. Der Minister betonte nochmals die bekannte Tatsache, daß das deutsche Volk den Weltkrieg als Verteidigungskrieg geführt habe. Der Londoner Konferenz sieht Dr. Simons wenig zuzufrieden entgegen. Wörtlich sagte er dann:

Wenn wir die Pariser Beschlüsse nicht annehmen, so treten die Sanktionen in Kraft, die ebenfalls hinausgehen auf eine Trennung des Deutschen Reiches. Jede Bestrebung von außen, die dahin geht, das deutsche Stammgebiet auseinanderzureißen, bedeutet ein Attentat gegen die Reichsverfassung. Der Minister betonte, daß er auf seiner Reise durch Süddeutschland das erhebende Gefühl gehabt habe, daß dieses Attentat auf den einmütigen Widerstand des ganzen deutschen Volkes stoßen werde. Er gebe nach London mit dem Gefühl, daß dieser Einheitsgedanke aus dem ganzen deutschen Volke nicht herausgerissen werden könne. Dieses Gefühl werde ihm Kraft geben, den unannehmbaren Forderungen gegenüberzutreten. Er hoffe, das Vertrauen, das ihm entgegengebracht werde, in London wahrzunehmen.

In der nun folgenden Aussprache dankten Vertreter aller Verufe dem Minister für sein Erscheinen und brachten zum Ausdruck, daß sie die Politik des Ministers unterstützen würden. In seinem Schlusswort dankte der Reichsminister Dr. Simons für die Anregungen, die er erhalten habe und schloß mit einem dreimaligen Hoch auf das deutsche Vaterland.

### Französische Voraussetzungen.

Auch die Pariser Presse setzt auf die Londoner Konferenz, die in dem vom König zur Verfügung gestellten St. James Palast tagen wird, keine allzu großen Hoffnungen. So meint das „Echo de Paris“:

„Wenn die Deutschen — und ihre Gesetze ist vorauszusetzen — die Fäden zerschneiden werden, so wird sofort ein Schiff zur Verfügung des Herrn Dr. Simons bereitstehen, um ihn und sein Gefolge nach Deutschland zurückzuführen. Ich habe nicht notwendig, hinzuzufügen, daß ihre Gesetze bei den höheren Stellen vorausgesetzt wird, daß aber Frankreich von seinem Standpunkt nicht abweichen wird, auch wenn die Deutschen London mit einem kategorischen Nein verlassen werden. Die französischen Unterhändler



werden nach Paris zurückkehren und das Parlament wird unbeschädigt durch Herrn Deland über die Ereignisse unterrichtet werden. Frankreich, der privilegierte Gläubiger, wird nicht zögern, was auch immer kommen mag, den Deutschen das unmittelbare Interesse daran zu beweisen, das sie dann haben, die Ara des Handels und Handels zu beenden. Wenn England Besitz ergreifen würde von den Zöllen und von großen deutschen Häfen, und wenn Frankreich, um einmal anzufangen, die Hand auf zwei große Industriegebiete legen würde, die den Kohlenhandel für Bayern und andere deutschen Städte beherrschten, so würde die deutsche Reichsregierung überlegen."

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

#### Minderertrag der Zundersteuer.

Die Reichskasse vereinbarte aus der Zundersteuer in den 9 Monaten April-Dezember 1920 93,35 Mill. M. oder 31,44 Mill. M. weniger als in den entsprechenden 9 Monaten des vorangegangenen Jahres.

#### Aus Bismarcks drittem Band.

Wie erinnerlich, hatte der Kaiser gegen den Cottaschen Verlag, der den dritten Band Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ herausbringen wollte, die Klage auf Nichterscheinen des Werkes angestrengt und ein objegendes Urteil erlangt. Erst jetzt ist dem Verlag die Begründung des Urteils zugegangen, in der es von den Briefen des Kaisers heißt: „Schließlich muß noch hervorgehoben werden, daß die Briefe trotz ihres hochpolitischen Inhalts, trotz der Person des Schreibers und des Empfängers nicht etwa die Eigenschaft amtlicher Schriften haben, die in § 16 des Urhebergesetzes aufgeführt werden und deren Abdruck danach zulässig sein würde. Wie der Staat selbst nach deutschem Verwaltungsrecht privatrechtlich auftritt kann, so kann dies erst recht sein erster Beamter und um so mehr die Angehörigen seines Hauses. In ihrer Eigenschaft als Privatperson haben sie diese Briefe geschrieben, nicht zu amtlichem Gebrauch. Es steht ihnen daher das Urheberrecht daran uneingeschränkt zu."

#### Bestimmung eines polnischen Werbers.

In Allenstein ist der polnische Agitator Jan Baczewski, derzeit Leiter des Sekretariats des Polenbundes für Ermland, wegen dringenden Verdachts der Weisung zur Anwerbung deutscher Untertanen für die polnische Armee verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden.

#### Die schwarze Schmach am Rhein.

Auf Grund einer amtlichen Umfrage wird folgende Übersicht über den Besatzungsstand der farbigen Truppen im Rheinland gegeben: Es befanden sich in den Bezirken Köln rund 5400 Marokkaner, Aachen rund 2100 Marokkaner und Juden, Trier 385 Araber und Ananiten, Koblenz 700 Algerier und Senegalneger, in Hessen 6550 Algerier, Marokkaner und Tonkinesen, in der Pfalz rund 3600 Marokkaner, Madagassen, Senegalneger und Tonkinesen und schließlich im Bezirk Wiesbaden rund 5600 farbige verschiedenster Art. Insgesamt betrug die Zahl der farbigen Truppen etwas über 24000. Das Hauptkontingent stellten die Marokkaner, Algerier und Araber mit zusammen über 19500, ihnen folgten die Tunesier mit 2300 und die Madagassen mit 1400 Mann.

#### Kriegsschadensabklärung für Rumänien.

Nach Bulareffern Zeitungen hat Rumänien durch seinen Vertreter Alcuca bei der „Wiederherstellungskommission“ in Paris Entschädigungsansprüche in einer Gesamthöhe von 31 000 449 182 Goldlei angemeldet. Das Quantum oberflächlicher Steinbohle, auf welches Rumänien auf Grund des Versailler Friedensvertrages Anspruch erhebt, ist noch nicht endgültig festgestellt. Nach vorläufiger Schätzung sollen die Lieferungen etwa 10 000 Waggons jährlich betragen.

#### Das Korridorabkommen.

Die Bevollmächtigten von Deutschland und Polen, die in Paris zusammengekommen sind, haben die Bearbeitung des im Artikel 98 des Versailler Vertrages vorgesehenen Transitabkommens zwischen Deutschland, Polen und der Freien Stadt Danzig beendet. Das Abkommen regelt die Verbindungen jeder Art zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland und zwischen Polen und dem rechten Weichselufer. Es bezieht sich vornehmlich auf militärische und zivile Eisenbahnlinien, auf Post-, Telephon-, Telegraphenwesen, auf Schiffahrt, Kraftwagenverkehr, auf Post-, Postwagen.

# Gräfin Pia

Roman von H. Courths-Wahlers.

70. Fortsetzung.

(Kontinuum verboten.)

„Wie ich ihn liebe — wie ich ihn liebe — hilf mir, lieber Gott, daß ich mich nicht verrate. Zu Tode müßte ich mich schämen, denn er liebt mich nicht. So kalt und ruhig ist er. Was bin ich ihm? Ein wirkliches Kind, das er aus einem äußerlichen Grund an seine Seite stellen will. Kann ich denn mit dieser Gewissheit im Herzen seine Frau werden? Ich habe ja nicht gewußt, was ich tat, als ich ihm mein Jawort gab.“

So dachte sie in bitterer Not.

Piane von Brenten war von dem Diener in das Empfangszimmer geführt worden. Sie hatte unterwegs die Gräfin Eckhoff an sich vorbeifahren sehen und geahnt, daß sie die Komtesse allein antreffen würde. So war sie gekommen — einem unklaren Impuls folgend. Was sie von Pia noch wollte, wußte sie selbst nicht. Sie dachte sich aber, daß sie von ihr allerlei erfahren könne, was sie vielleicht noch irgendwie verwenden konnte. Außerdem kam es ihr gelegen, etwas vorzubedenken, um der Gesellschaft des Fürsten zu entgehen. Dieser folgte ihr neuerdings wie ein Schatten, und es bereitete ihr Genugtuung, ihn zu quälen und das Feuer in seiner Brust zu schüren. So hatte sie ihn in Gesellschaft ihres Gatten zurückgelassen, und sie wußte, er würde Minuten zählen, bis sie zurückkam.

Nun saß sie, auf Pia wartend, in dem Empfangszimmer, und die Ruhe und Stille, die sie hier umfing, be-  
e sie wohnend. Sie lehnte sich aufatmend in den  
zi zurück und schloß die Augen.

— einmal wieder solche ein ruhiges sicheres Heim  
— einmal wieder ausruhen von den Stürmen des

### Italien.

X Scharfe Kritik am Pariser Diktat. In den italienischen Protesten gegen die geplante 12prozentige Ausfuhrabgabe stimmt nun ein drei Spalten langer Leitartikel der „Tribuna“ ein, der aus der Feder des als Wirtschaftspolitiker bekannten Bankiers Aguiet stammt. Dieser weist nach, daß Deutschland die Abgabe natürlich auf die Verbraucher abwälzen müsse und daß darunter in erster Linie Italien leiden würde, dessen dringender Bedarf an deutschen Chemikalien und Maschinen neben Stahl und Kohle sehr erheblich verteuert würde, während Italien am Ertrag der Ausfuhrabgabe kaum Anteil hätte. Aber auch die Neutralen würden voraussichtlich die ihnen zugemutete Belastung zurückweisen.

### Amerika.

X Wilson soll abrechnen. Aus Washington wird gemeldet, daß das Mitglied des Repräsentantenhauses Gould von New York eine Resolution vorbereitet, die verlangt, daß Präsident Wilson Rechenschaft über die Verwendung des Fonds von 150 Millionen Dollar ablegt, der ihm während des Krieges anvertraut worden ist.

X Die gleiche Flottenstärke wie England. Der Marineminister, der das Flottenprogramm umschließt, ist vom Repräsentantenhaus angenommen worden unter der einschrän-  
kenden Bestimmung, daß kein Geld ausgegeben werden soll für die Fertigstellung von Schiffen, deren Bau noch nicht begonnen wurde oder für die die Bauverträge noch nicht unterzeichnet sind. Das bezieht sich auf sechs Schlachtschiffe. Wenn das Flottenbauprogramm vollständig durchgeführt ist, wird die Flotte der Vereinigten Staaten mit der englischen gleich stark sein.

## Mieter und Vermieter.

### Der Entwurf für das Reichsmietengesetz.

Im nächsten Monat, im März, soll der zurzeit dem Reichstag vorliegende Entwurf für ein Reichsmietengesetz dem Reichstag zugehen. Bis her sind in der Öffentlichkeit nur einzelne hervorzuhebende Punkte des ausgearbeiteten Planes besprochen und kritisiert worden.

Eine kurze Übersicht über den gesamten Entwurf zeigt, daß es sich um ein Rahmengesetz handelt, wobei die Ausführung den Landesregierungen überlassen bleibt. Der Plan lehnt sich an die preussische Höchstmietenerordnung an und dürfte wahrscheinlich auch keine höheren Mieten wie jetzt in Preußen in Anschlag setzen, regelt aber genauer die Fragen der Instandsetzungsarbeiten.

Für alle Mietverträge soll in Zukunft eine gesetzliche Miete eingeführt werden, und zwar nach Ablauf des Vertrages, der von beiden Seiten gekündigt werden kann, bei besonderen Fällen (ungewöhnlich niedrige Preise bei langfristigen Verträgen) sofort. Ob letzteres zu trifft, entscheidet das Mietseingangsamt. Kommt bei Festlegung keine Einigung zustande, so entscheidet das Mietseingangsamt. Die Berechnung der gesetzlichen Miete erfolgt etwa wie jetzt in Preußen, also Friedensmiete und Zuschläge, die den gegenüber der Vertriebszeit eingetretenen allgemeinen Steigerungen der Betriebskosten und der Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten Rechnung tragen sollen. Diese Zuschläge sind von den Ländern in Prozentsätzen der Friedensmiete festzusetzen. Ein Höchstbetrag wird bestimmt, daß alle im Mietzins berechneten Zuschläge und Kohlenzuschläge fortfallen. Als Entgelt für die Sammelheizungen sind gewisse Prozentanteile der Friedensmiete zu entrichten. Der Entwurf sieht also nicht vor, daß wie jetzt bei Trennung von Miete und Kohlenanteil der Mieter neun Zehntel des tatsächlichen Kohlenverbrauches trägt, sondern er will als Kohlenanteil Prozentanteile der Friedensmiete gelten lassen. Bestimmte Zuschläge werden auch hier nicht festgesetzt. Nimmt man an, Preußen werde 40 Prozent auf Friedensmiete, je Miete und 100 Prozent der Miete als Kohlenanteil festsetzen, so ergibt sich folgende Rechnung: Friedensmiete 1000 Mark, gesetzliche Miete 1400 Mark (100 Prozent zur Friedensmiete), Gesamtmiete der Wohnung mit Sammelheizung 2400 Mark.

Um größere Instandsetzungsarbeiten durchzuführen, kann der Vermieter den Antrag stellen, zur gesetzlichen Miete noch Zuschläge zu erheben. Die Entscheidung trifft eine noch zu schaffende Behörde. Für laufende Instandsetzungsarbeiten darf der Zuschlag den oben erwähnten Zuschlag zur gesetzlichen Miete nicht übersteigen, die Behörde entscheidet in großen Arbeiten (Abputz, Dachausbesserung) müssen die Zuschläge so bemessen werden, daß die Mieter nicht wirtschaftlich zu stark geschädigt werden, die Zuschläge sollen das aufgewendete Kapital vollständig tilgen. Die Höhe dieses Zuschlages entscheidet die Behörde. Bei den Reparaturanfragen hat also in allen Fällen die Behörde auf Antrag des Vermieters zu entscheiden. Der Vermieter hat Vorschläge zu machen und zwar bei kleinen als bei großen Arbeiten, also auch bei Tapeten von Zimmern, Erneuerung der Treppenhäuser usw. Selbständig darf er nicht vorgehen. Bei Berechnung der außerordentlichen Reparaturaufschläge ist zu berücksichtigen, daß be-

reits in der Miete ein Zuschlag zur kleinere Instandsetzungsarbeiten festgelegt ist.

Die Mietervertretung wird für alle Häuser eingeführt. Ihr Zweck ist, in allen Fällen vermittelnd zu wirken. Sie ist berechtigt, Verhandlungen für die Mieter bei den Behörden zu führen. Das Eingangsamt soll bei Streitfällen die Mietervertretung hören. Die Überwachung der Kosten, ihr Einkauf und ihre Verwendung ist ebenfalls Sache der Mietervertretung. Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben hat die Mietervertretung dahin zu wirken, daß beide Vertragsteile Forderungen und Maßnahmen unterlassen, welche die gemeinsamen Interessen der Vertragsteile oder das Gemeininteresse schädigen.

Alles in allem erscheint der Entwurf geeignet, die beiderseitigen Interessen genügend zu wahren. Er sorgt dafür, daß kein Teil ohne weiteres den anderen überbieten kann. Die Frage der Instandsetzungsarbeiten wird durch Ausführungsbestimmungen noch genauer zu regeln sein.

Die Begründung des Gesetzes soll sich auf den Gedanken stützen, die beiderseitigen Interessen seien genügend gewahrt. Kein Teil könne den anderen ohne weiteres überbieten. Die Frage der Instandsetzungsarbeiten soll durch Ausführungsbestimmungen noch genauer geregelt werden.

## Nah und Fern.

O Für Auswanderer nach Mexiko. Die Berliner mexikanische Gesandtschaft teilt zur Beachtung für Auswanderer nach Mexiko mit, daß der Präsident General Alvaro Obregon zur Förderung der Einwanderung das Landwirtschaftsministerium in Mexiko bevollmächtigt hat, den Einwanderern freie Reise innerhalb des mexikanischen Gebietes zu gewähren. Außerdem werden den Einwanderern 50 Prozent der Kosten für Gepäck, Umzugsgut, landwirtschaftliche Geräte und Tiere, sei es Jucht- oder Arbeitstiere, gewährt; sie brauchen auch keine Zollgebühren zu entrichten.

O Für über eine Million Telegraphendrahnen geklohten worden ist in den letzten zehn Wochen allein in der Umgebung von Berlin. Die Diebe haben es besonders auf die wertvollen Bronze- und Hartkupferdrähte abgesehen, die ihnen das meiste Geld bringen. Sie schneiden diese Drähte oft gleich kilometerweise ab. Die besonderen Vorkehrungen, die getroffen worden sind, um die Diebe ungeschädlich zu machen, haben zwar schon wiederholt zu Festnahmen geführt; aber es tauchen immer wieder neue Banden auf, die das verbrecherische Treiben fortsetzen.

O Die Tragödie auf Schloß Meyersdorf. Die Bluttat auf Schloß Meyersdorf harri noch immer ihrer völligen Aufklärung. Nach dem Ergebnis der Obduktion der Leichen der beiden ermordeten Mädchen neigt man zu der Annahme, daß die tödlichen Schüsse von der 12 Jahre alten Ursula Schade abgegeben worden sind. Die Staatsanwaltschaft, die die Untersuchung weiterführt, scheint der Ansicht zu sein, daß der unter dem bringenden Verdacht der Täterschaft verhaftete Architekt Peter Gruben aus Eidenbüttel bei Iphoe seine Stieftochter Ursula hypnotisiert und ihr in diesem Zustande befohlen hat, den aufgefundenen Abschiedsbrief an ihre Großmutter zu schreiben, dann die beiden Schüsse auf ihre Kusine abzugeben und sich dann selbst zu erschießen.

O Die Gruf des Fürsten Blücher erbrochen. In Reich-  
towitz haben Eindrer die Gruf des Fürsten Blücher erbrochen und den Sarg geöffnet. Ihre Hoffnung, Kostbarkeiten daraus zu erbeuten, wurde jedoch getäuscht, da sich keine wertvollen Gegenstände befanden. Wie man übrigens bei der Entdeckung des Einbruchs beobachtet konnte, ist die Leiche Blüchers, des „Marschall Vorwärts“, noch sehr gut erhalten.

O Photographische Apparate dürfen nicht über die vor-  
mische Grenze. Die Minature von photographischen Apparaten nach der Tschechoslowakei, auch im Reiseverkehr, ist neuerdings nicht mehr zulässig. Hierzu bedarf es der Genehmigung des tschechoslowakischen Finanzministeriums in Prag. Die nach Tausenden zählenden deutschen Touristen, die alljährlich den Gebirgsregionen wie Wadernstein, Böhmens zustreben, werden gut tun, diese Bestimmung genau zu beachten, da sie sich sonst großen Unannehmlichkeiten — außer der Beschlagnahme der Apparate — aussetzen.

O Naturerscheinung am Schwarzen Meer. Vulgarische Zeitungen berichten von einer merkwürdigen Erscheinung am Ufer des Schwarzen Meeres. Kürzlich trat an der Küste zwischen Waffills und Messenwila das Meer plötzlich auf 15 bis 50 Meter zurück. Große Massen von Fischen wurden auf dem trockengelegten Strande gefangen. Vulkanische Erscheinungen sind in dieser Gegend selten beobachtet worden; von Erd- oder Seebeben wird nichts gemeldet.

Lebens — ausruhen an der Seite des Mannes, dem ihr heißes, unruhiges Herz gehörte.

Ein brennender Reid erfüllte sie gegen die Frauen, die im sicheren Wohlleben beschützt und behütet leben konnten, wie die Komtesse Buchenau, ein Reid, der an Hoh streifte — der Haß der Hungerigen gegen die Satten. Sie dachte nicht daran, daß sie selbst sich um solch ein ruhiges sicheres Los gebracht hatte durch eigene Schuld, sie wollte nicht daran denken. Das Leben schien ihr grausam und ungerecht, weil sie von Geburt an ein armes vermögensloses Geschöpf gewesen war. Diese kleine Komtesse konnte so viel Unrecht begehen, wie sie wollte, niemand konnte sie deshalb zu Armut und Entbehrung verurteilen. Die Reichen hatten alle Rechte für sich — den Armen blieb nichts als entzogen — oder — sich ein bißchen Glück stehlen. Justus hatte recht, wenn er sagte: „Nur für die Dummen ist die Entfugung — wir nehmen uns, was man uns nicht freiwillig gibt.“

Ich — wie oft hatte er ihr das sagen müssen, ehe sie so ganz seiner Ansicht war. Aber nun war sie des Kampfes müde — des Kampfes um ein bißchen Glanz und Wohlleben. Und stärker als je brannte in ihr der Haß gegen die Günstlinge des Glückes und die Sehnsucht nach Ruhe und Frieden in geordneten Verhältnissen.

Piane von Brenten befand sich noch allein im Empfangszimmer.  
Ob Graf Buchenau sich erweichen ließ und ihr abgeben würde von seinem Ueberfluß?

Eine Tür tat sich auf. Sie atmete tief auf und erhob sich, um der Komtesse, die sie erwartete, entgegenzutreten. Aber mit einem leisen Schreckensruf wich sie wieder zurück und starrte auf den Eingetretenen wie auf eine Erscheinung aus einer anderen Welt.

„Hans von Ried!“ stieß sie entsetzt und fassungslos hervor.

Er hatte die Tür schnell hinter sich geschlossen und trat mit einer Verbeugung näher.

„Ich bin es — Frau Piane von Brenten,“ sagte er mit höflicher Ironie.

Sie machte unwillkürlich eine stuchartige Bewegung. Aber dann besam sie sich und blieb stehen. Und mit der Kaltblütigkeit, die dieser Frau schon oft über gefährliche Situationen hinweggeholfen hatte, zwang sie sich zu einem konventionellen Lächeln, das freilich etwas unnatürlich ausfiel.  
„In der Tat — Sie sehen mich sehr erstaunt, Herr von Ried. Wie konnte ich erwarten, Sie hier im Salon der Gräfin Eckhoff zu finden. Wir haben uns sehr lange nicht gesehen.“

Sie versuchte es, ihn mit ihrem faszinierenden Blick zu bannen, aber seine Augen blühten kalt und unerbittlich diese Frau war für ihn allen Zaubers entkleidet.

„Allerdings — seit etwa onderthalb Jahren nicht mehr, meine Gnädigste,“ sagte er ironisch.

„Und nun treffen wir hier so ganz unerwartet zusammen. Wie seltsam! Wenn Sie die Gräfin Eckhoff besuchen wollen — sie ist nicht daheim. Ich habe mich bei der Komtesse Buchenau melden lassen. Sie sind wohl eben erst in Baden eingetroffen? Ich habe Sie wenigstens hier noch nirgends gesehen. Man freut sich ja immer, einen alten Bekannten wiederzusehen.“ So plauderte sie scheinbar unbefangen.

Ihre Unverschämtheit trieb ihm das Blut der Entrüstung in die Stirne. Er schämte sich, daß er dieses Weib einst geliebt hatte.

Mit einer brüskten Bewegung trat er dicht an sie heran.  
„Lassen wir das, Madame. Ich bin gekommen, um Ihnen zu sagen, daß Komtesse Buchenau Sie nicht empfangen wird.“

Es glitzerte unheimlich in ihren Augen.

„Mein Gott, ich verstehe nicht! Wie kommen Sie dazu, sich Hausrechte hier anzumaßen?“ fragte sie kaltblütig, Kopf zurückwerfend.

(Fortsetzung folgt.)



Die Hilfsfähigkeit des amerikanischen roten Kreuzes. Das amerikanische rote Kreuz, dessen Hauptquartier augenblicklich in Europa die Ernährung der Kinder ist, hat ungefähr 20 Stationen eingerichtet, die meisten in Polen, und beabsichtigt sie in nächster Zeit bedeutend zu vermehren. Es sollen für die Einrichtung dieser Stationen und ihren Unterhalt zunächst 5 000 000 Dollar zur Verfügung. Jeder Station soll wenigstens ein Arzt, drei ausgebildete Schwestern, ein Pfleger, ein Chauffeur und nötigenfalls ein Helfender beigegeben werden. Die Stationen werden den verschiedenen Bedürfnissen der einzelnen Länder entsprechend eingerichtet.

## Neueste Meldungen.

### Polen und die Kresnoten.

Warschau. Hier wird behauptet, daß das polnische Finanzministerium eine Urkunde mit der Unterschrift des Kanzlers Westermann-Bollnow besitzt, die die Auszahlung der Kresnoten durch das Reich verbürgt. Diese Urkunde soll seinerzeit dem Direktor des Finanzdepartements des Staatsrats, Katanjon, eingehändigt worden sein.

### Amerikas Kampf gegen den Alkohol.

Newyork. Die Zeitungen haben nie ein Wort daraus gemacht, daß das Alkoholverbot in den Vereinigten Staaten wirklich nicht beachtet wird. Keusch wurde in Newyork eine Anzahl von Beamten verhaftet, welche die Überwachung des Verbotes durchzuführen hatten, aber in der Kontrolle gegen Alkoholfabrikanten und Wirte sehr lässig waren. In Pennsylvania und Kalifornien ist das Verbot überhaupt nicht beachtet worden.

### Abereinkommen gegen die Komunisten.

Washington. Das amerikanische Staatsdepartement hat erklart, daß Großbritannien und Griechenland vor dem Abschluß eines Abereinkommens stehen, das ein gemeinsames Vorgehen gegen die Komunisten bezweckt. Man erwartet eine baldige Mitteilung, daß alle Meinungsverschiedenheiten zwischen Athen und London beseitigt sind.

### Verschiedene Meldungen.

Königsberg i. Pr. Der Militärbefehlshaber für den Bezirk des Westpreussens 1 teilt zur Beschleunigung von Kriegsmaterialtransporten im Korridor mit, daß angeordnet sei, betriebsfähige Transporte nicht mehr auf dem Landwege ins Innere des Reiches zu entsenden.

Nam. Zur Orientierung betont die italienische Presse, daß Italien zuerst die Notwendigkeit einer Revision des Vertrages von Sykes betrachten wird, und daß seine Haltung in Paris entscheidend war. Es wird hinzugefügt, daß die Türken jetzt aber auch einsehen sollten, daß jede Überbreitung ihnen nur Schaden könnte.

Warschau. Finanzminister Steczykowski hat sich entschlossen, von dem Gesetz über die Zwangsanleihe Gebrauch zu machen. Unabhängig von der Zwangsanleihe wird in weiterer Folge über den Entwurf einer einmaligen Vermögensanleihe beraten.

## Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

### Kein Jüdnholzmonopol.

Berlin, 18. Februar. (tu.) Die Nationalversammlung hat am 10. Sept. 1919 ein Jüdnholzwirtschaftsgesetz beschlossen, in dem die Einfuhr eines Herstellersmonopols für Jüdnholzwirtschaften vorgesehen ist, welches spätestens am 30. März 1921 in Kraft treten sollte. Wie das Berliner Tageblatt erzählt, wird das Reichsministerium auf Grund der angefertigten Erhebungen eine Gesetzesänderung vorschlagen, durch die auf das Monopol verzichtet und bestimmt wird, daß Jüdnholzhändler lediglich einer Verbrauchsabgabe unterliegen. Die Erhebungen haben ergeben, daß die Einfuhr eines Monopols eine einmalige Ausgabe von 301 400 000 Mark erforderlich macht, für die aber angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse keine genügende Verzinsung und Amortisation aus dem Monopol zu erwarten wäre.

### Eine amerikanische Spende von 30 Millionen Pfund Mehl für notleidende Deutsche.

Köln, 18. Februar. (tu.) Der Erzbischof von Köln hat vom Erzbischof von Chicago ein Kabeltelegramm erhalten, daß eine Liebesgabe von 30 Millionen Pfund Mehl für die Notleidenden in Deutschland geschickt werden soll. Gleichzeitig hat der Erzbischof von Chicago angefragt, ob die deutsche Regierung den nötigen Schiffsraum zur Verfügung stellen könne. Sowohl Reichshandwerker als auch Reichsernährungsminister haben dem Kölner Erzbischof unter dankbarer Anerkennung der Wohlthaten der Katholiken aus Amerika telegraphisch mitteilen lassen, daß der notwendige Schiffsraum umgehend zur Verfügung gestellt werde.

### Die deutschen Gegenvorschläge.

Paris, 18. Februar. (tu.) Dem Temps wird aus Berlin berichtet, es gehe das Gerücht, daß die deutschen Gegenvorschläge sich hauptsächlich auf folgende Punkte beschränken werde: 1. Begrenzung der Schuld auf eine geringere Summe als wie sie in Paris festgestellt wurde. 2. Organisation einer internationalen Anleihe mit Unterstützung Amerikas. 3. Organisation der Wiedergutmachung in den zerstörten Gebieten durch ein Syndikat von Arbeitern und Unternehmern.

## Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 18. Februar 1921.

### Stadtrat Dr. Kronfeld

einstimmig zum Bürgermeister gewählt.

In der gemeinsamen Sitzung des Rates und der Stadtverordneten vom 17. Februar, in der zum zweiten Male die Frage der Ausschreibung bzw. Wiederbesetzung der durch den Weggang des Herrn Bürgermeister Künzel freierwerdenden Stelle unseres Stadtoberhauptes auf der Tagesordnung stand, wurde in geheimer Beratung und Abstimmung Herr Stadtrat Rechtsanwalt Dr. Kronfeld einstimmig zum Bürgermeister unserer Stadt gewählt. Der Sitzung, wie auch der Wahlhandlung selbst waren eingehende Besprechungen unter den Mitgliedern der Kollegien und Verhandlungen mit Herrn Dr. Kronfeld vorausgegangen. Ueber einstimmig war man von dem begreiflichen Wunsche befeuert, wieder einen Herrn an die Spitze unserer Stadtverwaltung zu bekommen, der, unbeschwert durch andere Ämter und Berufsausübung, ausschließlich Bürgermeister ist. Andererseits konnte man sich der Einsicht nicht verschließen, daß unter den heutigen Verhältnissen das Verlangen des Herrn Dr. Kronfeld, dem das Bürgermeisteramt auf ausstehenden der Einwohnerschaft getommene Anregung hin angetragen worden war, sich sein Notariat und wenigstens vorerst auch seine Rechtsanwaltspraxis in gewissem Um-

fange noch zu sichern, besonders aus wirtschaftlichen Gründen verständlich sei. Es wurden deshalb auch schließlich die Anregungen und Anträge fallen gelassen, die darauf abzielten, sofortige oder doch länger befristete Niederlegung der Rechtsanwaltschaft zu fordern und dafür eine höhere Gehaltsgruppe, als dem derzeitigen Bürgermeister bewilligt ist, zuzugestehen. Die Vertreter der Stadt ließen sich hierbei von einem starken Vertrauen in die ihnen ja seit langem bekannte Persönlichkeit des seit 1. Januar 1908 als unbesoldeter Stadtrat hier amtierenden Herrn Dr. Kronfeld und von der Erwartung leiten, daß obige Wünsche über kurz oder lang, wenn der neue Bürgermeister in seinem ganzen Arbeitsgebiete heimisch geworden sein und es lieb gewonnen haben wird, doch noch Erfüllung finden werden. Die Wahl kam unter nachstehenden Bedingungen zustande: Herr Dr. Kronfeld wird mit einem Befoldungsdiensalter vom 1. April 1911 und einem Pensionsdiensalter vom 1. Januar 1908 in Gruppe 10 des Befoldungsplans eingereiht. Die Ausübung des Notariats bleibt ihm gestattet. Die Ausübung der Rechtsanwaltschaft erfährt folgende Einschränkung: Führung von Rechtsstreitigkeiten gegen Wilsdruffer Einwohner und Firmen und Abwärtung von Terminen an auswärtigen Amtsgerichten, soweit es sich nicht um Vertretung der Stadt und um am 31. März 1921 noch anhängige Sachen handelt oder in Ausnahmefällen der Rat besondere Genehmigung erteilt, sowie Übernahme von Kontursen vor dem Landgericht Dresden ist möglichst auf solche Fälle zu beschränken, in denen persönliche Abwärtung gewünscht wird und notwendig ist. Für die Ausübung der Rechtsanwaltschaft muß eine besondere Kanzlei bestehen. Die Sprechzeit darf nicht mit den Geschäftsstunden der städtischen Verwaltung zusammenfallen und ist öffentlich bekannt zu geben. Sollten sich aus der Ausübung der Rechtsanwaltschaft Mißbilligkeiten ergeben, so sind nach Ablauf von 2 Jahren, vom 1. April 1921 an gerechnet, die städt. Körperschaften berechtigt, das Recht auf Ausübung der Rechtsanwaltschaft dadurch abzulösen, daß dafür die Einreichung des Bürgermeisters in dieselbe Stufe der nächsthöheren Gehaltsgruppe stattfindet, in der er zu jener Zeit eingekauft ist. Diese Einreichung hat nach Ablauf der obgenannten Zeit auch auf Verlangen des Bürgermeisters gegen Aufgabe der Ausübung der Rechtsanwaltschaft zu erfolgen. Sonstiger Nebenwerb gegen feste Vergütung ist nur mit Zustimmung des Stadtrates gestattet. Der neue Bürgermeister soll die jetzige Bürgermeisterwohnung im Verwaltungsgebäude beziehen. Die tatsächlichen Umzugskosten werden erstattet. — Herr Dr. Kronfeld ist noch während der Sitzung von seiner Wahl Kenntnis gegeben worden. Er hat die Wahl angenommen und u. a. die Versicherung abgegeben, daß er selbstverständlich auch bei Ausübung seiner Praxis die Interessen der Stadt unter allen Umständen voranzusetzen werde.

So ist die Angelegenheit entschieden, wie der über große Teil der Einwohnerschaft es als wünschenswert ansah. Herr Dr. Kronfeld hat in langen Jahren bereits als Stadtrat seine bewährte Kraft in den Diensten des Gemeinwohles gestellt; er ist mit den besonderen örtlichen und einschlägigen Verhältnissen vertraut, versteht Wesen und Bestrebungen der einzelnen Bevölkerungskreise und war schon oft Mittler im Streite zwischen den auseinanderstrebenden Teilen. Unsere Stadt bietet für ihn trotz der Zeitenangereicher ein dankbares, wenn auch mitunter schwieriges Arbeitsfeld zu weiterer gedeihlicher Entwicklung. Wäge sein Wirken reich gesegnet sein und zwischen ihm und den städtischen Kollegien, wie der gesamten Bürgerschaft immer der Geist des gegenseitigen Vertrauens walten. In diesem Sinne ein herzliches „Glückauf!“

Beim Antritt eines neuen Bürgermeisters erhebt sich wohl als eine der ersten Fragen die, wie wird er sich zu den schwebenden Angelegenheiten der Stadtverwaltung stellen und wie wird er im allgemeinen sein Amt auffassen. Ein guter Bürgermeister muß zunächst selbst ein guter Bürger sein und nach dem Grundsatz handeln, daß das oberste Gesetz das Gemeinwohl sein muß, hinter dem widerstreitende persönliche Interessen überall zurückzutreten haben. Aufgabe eines Bürgermeisters ist es nun, durch Wort und Tat auf alle dahin einzurwirken, daß nur das Gute und der Gesamtheit Nützliche zum Siege gelangt. Der Bürgermeister darf kein Altemensch sein. Wohl befehlt der Buchstabe des Gesetzes und es wird immer und immer schwieriger, sich in dem Wust von Gesetzen und Verordnungen zurechtzufinden. Wohl ist es nötig, daß eine geschriebene Gesetzesnorm besteht als Richtschnur und Bewährer gleichen Rechtes für alle, aber der Geist ist es, mit dem die Gesetze zu handhaben sind. Und so muß das Oberhaupt der Stadt bestrebt sein, sich bei Anwendung der Gesetze in möglichst enger Fühlung mit dem Leben und den besonderen Verhältnissen unserer Einwohnerschaft zu halten. So ist das Bürgermeisteramt wohl ein schönes, aber auch ein schweres Amt, das der Erwählte im Vertrauen auf die verständnisvolle Mitarbeit der städtischen Kollegien, der Beamten und der gesamten Einwohnerschaft zum Wohle der Stadt verwalten möge. Sicher werden Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten die und da auftauchen; wenn aber alle Beteiligten sich befehlen, immer nur das Wohl der Gesamtheit im Auge zu behalten, und bedenken, daß auch der Segner sich nur vom Wohle des Ganzen leiten läßt, dann werden alle Verhandlungen den zu ihrem Gelingen nötigen Charakter tragen und alles Persönliche von selbst ausgehen.

— **Missionsnotthilfe.** Demnächst wird in allen Gemeinden Sachsens eine Hausammlung veranstaltet werden für die in großer Bedrängnis befindlichen Liebeswerke und Anstalten der Inneren Mission unseres Landes. Die Notlage dieser Liebeswerke ist hauptsächlich hervorgerufen durch die gemalige Leuerung. Die Liebesgaben, welche bisher wesentlich zur Unterhaltung dieser Werke dienen, reichen jetzt bei weitem nicht mehr aus. Schon jetzt nehmen alle Pfarrämter des Landes Gaben entgegen.

— **Freigabe der Milchwirtschaft?** In den letzten Tagen haben erneut Besprechungen über die geplante Um-

stellung der Milch- und Fettwirtschaft stattgefunden. Es besteht die Aussicht, daß noch in diesem Frühjahr die Freigabe der Milchwirtschaft erfolgen wird. Nach einem Vorschlag, der auch bei der Reichsversammlung Anklang gefunden hat, sollen jetzt Ermittlungen darüber angestellt werden, in welchem Verhältnis die Zahl der Milchkuhe in den ländlichen Lieferungsbezirken zu der Zahl der jetzt abgelieferten Liter Milch steht, um für den Uebergang die Grundlagen für die Lieferungsverträge zu finden. Bei den letzten Besprechungen wurde vorgeschlagen, daß der Milchproduzent laut Vertrag verpflichtet ist, den Milchhändlern bei jeder Ablieferung den ersten Liter Milch zum Preise von 1,15 Mk., jeden weiteren Liter zum Preise von 2,30 Mk. zu liefern. Man rechnet damit, daß auf diese Weise die Milch im Durchschnitt auf 1,70 bis 1,80 Mk. pro Liter zu stehen kommt; einschließlich der Transportkosten und der Händlerverdienste würde der Milchpreis zwischen 2,40 und 2,50 Mk. in den Städten schwanken. Landwirte, die sich weigern, Lieferungsverträge mit städtischen Milchhändlern zu schließen, sollen gezwungen werden, ihren gesamten Milchhertrag zum Preise von 1,15 Mk. zur Verfügung zu stellen. Augenblicklich finden über diese Fragen Besprechungen zwischen Vertretern der maßgebenden Behörden und der Landwirtschaft statt.

— **Warnung vor polnischen Agenten.** Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier erhalten zahlreiche Meldungen darüber, daß polnische Agenten für das Abwerben von Personenstandsurkunden und Ausweisen den Abstammungsberechtigten hohe Geldbeträge anbieten, zum Teil auch schon gegeben haben. In allen diesen Fällen handelt es sich darum, dem Abstammungsberechtigten die Abstammung unumstößlich zu machen. Es ist dies ein Verbrechen, das unbedingt strafbar ist, und es ist deshalb dringend zu wünschen, daß alle diese Fälle zur Anzeige gelangen. Ferner ist eine ganze Anzahl von Vertrauensmännern über das Innere Deutschlands verstreut, die den Abstammungsberechtigten Schauermärchen erzählen sollen, um sie von der geplanten Reise abzubringen. Dabei steht schon fest, daß polnische Agenten in zahlreichen Fällen mit den Äußerungen der deutschen Heimatsstretzen zur Abstammung fahren werden. Auf den Bahnhöfen in Oberschlesien wird Leuten für Legitimationen ein Betrag bis zu 2000 Mark geboten; wenn sie das Anerbieten annehmen, wird die Polizei benachrichtigt von den polnischen Agenten, und die Reisenden werden verhaftet. Selbstverständlich werden diese Agenten im Reich abgefangen und verurteilt. Die heimatsstretzen Oberschlesier werden gewarnt, sich mit diesen Leuten einzulassen.

— **Pensionsvorschlüsse an Alt pensionäre.** Das Reichsministerium des Innern teilt mit: Die den vor dem 1. April 1920 verabschiedeten Berufsbeamten und Berufsbeamten des ehemaligen Heeres und der ehemaligen Marine nach dem Pensionsergänzungsgesetz mit Rückwirkung vom 1. April 1920 ab zuzurechnenden höheren Pensionsgehälter, zu denen auch Kinder- und Leierungszuschläge gehören, können erst nach Bekanntwerden der Ausführungsbestimmungen zu dem genannten Gesetz endgültig berechnet werden. Da aber bis dahin noch einige Zeit vergehen wird, soll zunächst der vom 1. April 1920 ab zuzurechnende Mehrbetrag überschläglich berechnet und vorläufigweise angewiesen werden. Zu diesem Zweck sind Fragebogen hergestellt worden, die durch die Postanstalten — in Bayern durch andere, von der Bayerischen Pensionsfeststellungsbehörde noch zu bezeichnende Dienststellen — ausgegeben werden. Die Alt pensionäre werden hiermit aufgefordert, von einer der Postanstalten, die Militärpensionen auszahlen, zwei Fragebogen zu erfordern und damit genau nach der auf den Fragebogen stehenden Anweisung zu verfahren. Für ehemalige Offiziere des Berufsstandes, die nicht Berufsoffizier waren, sind die Fragebogen nicht bestimmt. Für Hinterbliebene sind Fragebogen nicht erforderlich, da die zur Berechnung des Pensionsbetrages nötigen Angaben aus den bei den Pensionsfeststellungsbehörden vorhandenen Akten entnommen werden können. Ihre Pensionserhöhung wird daher von Amts wegen schlußendlich in die Wege geleitet.

— **Zuchtviehchau und -Versteigerung.** Der Landesverband sächsischer Herdbuchgesellschaften, der Landesverband Sachsen zur Zucht des veredelten Landschweins und der Landesverband sächsischer Schafzüchter veranstalten am 21. und 22. Juni 1921 auf dem Pferdeausstellungslage in Dresden-Reick eine Zuchtviehchau und -Versteigerung. Es finden statt: am 21. Juni vormittags die Prämierung der hierzu angemeldeten Bullen, Schweine und Schafe; am 21. Juni nachm. 3 Uhr die Versteigerung der Zuchtchafe; am 22. Juni vorm. 10 Uhr die Versteigerung der Zuchtschweine; am 22. Juni nachm. 1 Uhr die Versteigerung der Zuchtbullen. Die näheren Bedingungen und Anmeldebogen sind von den Geschäftsstellen der Landesverbände Dresden-A., Sidonienstraße 14, zu beziehen.

— **Eine schwedische Spende für die Dresdner Kunstakademie.** Die Schüler der königlichen Kunstschule zu Stockholm haben den Studierenden an der Dresdner Kunstakademie zur Unterstützung hilfsbedürftiger Romilitonen einen Betrag von 20 000 Mark geschenkt.

— **Verkauf von Männeranzügen.** Aus den Beständen der sächsischen Landesstelle für Textilnotstandsversorgung kommen demnächst einige tausend preiswerte Stielige Männeranzüge zur Verteilung, die für den freien Verkauf bestimmt sind und ohne Berechtigungsschein an jedermann abgegeben werden dürfen. Einzelhändler, die sich am Verlaufe dieser preiswerten Anzüge zu beteiligen wünschen, müssen ihren Bedarf beim Reichsleiterlager Dresden, Zompeterstraße 14, oder beim Reichsleiterlager Chemnitz, Zwickauer Straße 55, sofort anmelden.

— **Änderung eines Ortsnamens.** Die Gemeinde Voßdorf (Amsh. Döbeln) führt künftig den Namen „Polkenberg“.

— **Wendischbors.** Bei der Hausbesitzerin Frau verw. Thiene hier brach früh in der 4. Stunde auf dem Heuboden Feuer aus, das jedoch von hilfsbedürftigen Nachbarn rechtzeitig unterdrückt werden konnte. Es handelt sich zweifellos um einen Raubakt. Dem Brandstifter ist man auf der Spur.

— **Dippoldiswalde.** Töblich verunglückt ist hier der im Sägewerk des Baugeschäftsinhabers Artur Nigische tätige Bruder des Inhabers, der Schneidemüller Oswald Nigische. Er geriet in das Sägegatter und wurde sofort getötet.

— **Glauchau.** In dem Disziplinerverfahren gegen den Bürgermeister Brink von hier wegen der Vorgänge



anlässlich des Rapp-Büchses hat die Disziplinarkammer das Urteil gesprochen, daß kein Anlaß vorliegt, die Dienstentlassung auszusprechen.

— Leipzig. Die Verhandlungen im Streik der Zimmerer und Transportarbeiter hat zu einer Verständigung geführt. Der Streik in beiden Branchen ist beendet. Die Arbeit wird heute in allen Betrieben wieder aufgenommen.

**Kirchennachrichten — Reminiscere.**  
Predigttext: Matth. 16, 21—28.

**Wilsdruff.**  
Vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst (Pfarrer Große-Sora). — Abends 7, 8 Uhr Jungfrauenverein (Lohnhalle).

**Kesselsdorf.**  
Vorm. 7, 9 Uhr Besuche (H. Heber). — Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst (P. Zacharias). — Nachm. 3 Uhr Taufgottesdienst.

**Sora.**  
Vorm. 7, 9 Uhr Predigtgottesdienst.  
**Limbad.**  
Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst. Danach Kindergottesdienst.  
**Blankenhein.**  
Vorm. 9 Uhr Predigtgottesdienst.  
**Katholischer Gottesdienst in Wilsdruff (Schloßkapelle)**  
Sonntag den 20. Februar vormittags 9 Uhr.

**Briketts**

werden durch mein Lakauto ab Nacht angefahren  
**Holm Herrmann, Meißen, Naffaweg 3. Fernruf 540.**

**Ein Mädchen,**  
welches Eltern die Schule verläßt und Kinderlieb, ist sucht Stellung als Kindermädchen oder ähnliches. Zu erfahren bei Schumann, Wilsdruff, 102 Dresdner Str. 217.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Am 16. Februar ist auf dem Wege Hötterbergsdorf—Grumbach (Feldweg) ein schwarzer Herrenpelzkragen verloren gegangen. Der ehrl. Finder wird gebeten, denselben gegen gute Belohn. bei Herrn Bäckermeister Kunze, Grumbach abzugeben.

**VORANZEIGE!**

**Volkstümlicher Abend**  
ausgef. v. Musikdir. **Bernhard Schneider** Dresden und a. Chorklasse  
Kinderchöre-Bühnenspiele-Reigentänze  
im „Goldnen Löwen“ zu Wilsdruff, Sonnabend d. **12. März** nachmittags halb 4 Uhr und abends halb 8 Uhr  
Rein-Ertrag für die Heimatsammlung

**Achtung! Achtung!**  
Sonntag den 20. Februar in dem herrlich dekorierten **Adler-Saale**  
**Gr. Bockbier-Fest**  
verbunden mit feinem Ball.  
Anfang 5 Uhr. Punkt 9 Uhr Festpolonaise.  
Dierzu ladet freundlichst ein **Walter Siegelt.**

**Parkschänke.**  
Grute Freitag, Sonnabend und Sonntag  
**Gr. Bockbierfest**  
11. Bockwürstel, Hauskapelle.  
Dierzu ladet ergebenst ein **Alfred Vogel.**

**Gasthof Weistropp.**  
Sonntag den 20. Februar  
**Feiner Ball.**  
Dierzu laden ergebenst ein **Alfred Branzke und Frau.**

**Achtung! Achtung!**  
**M.-S.-Kl. Frischauf Kesselsdorf.**  
Sonntag den 20. Februar im Gasthof zur Krone  
**Großer Sommernachtsball**  
Anfang 4 Uhr. Parole Strohhut.  
Es ladet ergebenst ein **Der Vorstand u. Hansch.**

**Konfirmanden-Anzüge**  
dunkelblau — farbig  
Sorgfältigste Ausführung  
erprobt gute und haltbare Stoffe  
190, 225, 250, 300 bis 500 Mk.  
**Wäsche Hüte**  
**Konfirmanden-Stiefel**  
Beachten Sie meine Schaufenster-Auslagen.  
**B. Walther, Potschappel,**  
Tharandter Str. 26

**Kurt Siering, Potschappel**  
Tharandter Strasse Nr. 25  
Rosenschlächterei, Speisewirtschaft u. Pferdegeschäft  
Fernsprecher Amt Deuben Nr. 2151  
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle

Nachdem wir unsere liebe, unvergessliche Enschlafene  
**Frau Hedwig Hartmann**  
geb. **Rülker**  
zur ewigen Ruhe gebettet haben, drängt es uns und wir fühlen uns ganz besonders veranlaßt, allen lieben Verwandten, Nachbarn, Freunden und Bekannten für die überaus zahlreiche Anteilnahme, sowie den herrlichen Blumenschmuck unseren herzlichsten und aufrichtigsten Dank nur hierdurch zum Ausdruck zu bringen. Ganz besonderen Dank Herrn Pfarrer Dr. Wühl für die Besuche während der Krankheit sowie die tröstenden Worte am Grabe der Enschlafenen, Herrn Konrad Böckig für die erhebenden Gesänge, dem Militärverein für das freiwillige Tragen, dem Gesangsverein für die Blumen Spenden sowie den herrlichen Gesang am Grabe, noch recht herzlichsten Dank der Mutter Kästch für die rastlose und aufopfernde Pflege während der Krankheit unserer lieben Enschlafenen.  
Möge Gott allen, allen ein reiches Vergeltet sein.  
Dir aber, liebe Hedwig, rufen wir ein „Gute Nacht“ und ein „Ruhe sanft“ in Deine stille Gruft nach.  
Grumbach, am 16. Februar 1921.  
**Der tieftrauernde Gatte**  
nebst Hinterbliebenen.  
Wer sie gekannt, wird unsern Schmerz empfinden.

**Für Konfirmanden:**  
Anzugstoffe  
Anzüge  
Socken  
Handschuhe  
Manschetten  
Vorhemden  
Kragen  
Krawatten  
Hosenträger  
Große Auswahl!  
Billige Preise!  
**Eduard Wehner**  
Markt—Meißner Str.

**Schänke „Alte Post“**  
Sonnabend den 19. Februar  
abends punkt 7, 7 Uhr  
**Skattournee**  
mit Zahlenreizen  
wogu höflich einladet  
**W. Hegenbart.**  
**Jorkhaus Wilsdruff.**  
Dreite Sonnabend  
**Bratwurst-Schmaus.**  
Es ladet freundlichst ein  
**Familie Lentzig.**

**Achtung Raucher!**  
Verlangen Sie bei Einkäufen  
**Zigarren v. d. Fa. Otto Richter**  
Wilsdruff, Rosenstraße 811.  
Feische grüne  
**Heringe**  
empfiehlt Paul Dumpisch.

**Brikettmischung,**  
sehr heizkräftig, für Industrie- und Hausbrand, pro Zentner 8,50 Mk. wird abgegeben  
**Wilsdruffer Brikettwerke,**  
Fernsprecher 555. Wilsdruff, Fernsprecher 555  
**Oswald Mensch Nachf.**  
Inh.: Emil Mensch  
Rosenschlächterei, Pferdegeschäft u. Speisewirtschaft  
Potschappel, Turnerstrasse 10  
Fernsprecher Amt Deuben 735  
Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Stelle.

**Ziehung 21.—26. Febr.**  
**Kriegerheimstätten-Lotterie**  
Lose Stück 3 Mk. empfiehlt  
**Staatslotterie-Einnahme**  
**Paul Lauer, am Markt.**

**Teppiche**  
einige neue prachtvolle Muster, Preisqualitäten, verkaufe konkurrenzlos billig, da keine 200 neue Ladenmiete.  
**A. Eisenhardt, Dresden,**  
Uhländstr. 191, nahe Hauptbhf.  
Bei Kauf veräußere Fahrgeld.  
Eine zuverlässige  
**Saferquetsche**  
auch zum Reiben von Getreide und Mais eingerichtet, sowie  
**1 Schrotmühle**  
nur etwas defekt, gegen Meißner gebot zu verkaufen.  
Wo? zu erfragen in der Geschäftsst. d. Bl. u. 2407.

Gute junge  
**Rugklub**  
zu verkaufen Kaufbach 39.  
**Möbl. Zimmer**  
mit oder ohne Pension für Herrn gesucht.  
Anged. unt. 2370 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

**Feldgrau** umgearbeit.  
Zoppenfeldgrau, kompl. Feldgrau Anzüge, gute Leder- und Stoffhosen, prima Hemden 40—45 Mk., prima Unterhosen 30 Mk., neue Drillinganzüge, neue und gebrauchte Lang- u. Halbsteffel empfiehlt  
**Eriebe,**  
Meißen, Badegasse 2

**Feuerlösch-Schläuche**  
in jeder Länge und Weite, beste Qualität, liefert sofort  
**Rich. Schneider,**  
Seilermeister. 2416

**Braune Boa**  
243. E. F. in der Nacht vom 17. zum 18. Februar auf dem Wege von Weistropp nach Lühndorf  
**verloren.**  
Gegen Belohnung abzugeben im Gasthof Weistropp.

**Magd**  
für Hof- und Feldarbeit zu baldigem Eintritt sucht  
**Wegel, Birkenhain.**

**Geld-Lotterie**  
für die **Kriegerheimstätten.**  
Hauptertrieb:  
Invalidentafel für Sachsen, Dresden, Königs-Johann-Strasse 8.  
Ziehung:  
21.—26. Februar 1921.  
Höchstgewinn 1. gänzl. Halle **100000**  
Prämie **75000**  
Gewinne **25000**  
**10000**  
**5000** usw.  
Lospreis 3 Mark.  
Losgeld und Ute 1 Mk., Nachnahme 1 Mk. mehr.  
Lose bei allen Staatslotteriegewinnungen und durch glückliche Geschäftsfälle in den Kreisbauernschaften Sachsen u. Dresden.

**Frauen**  
bestellen bei Störungen und **Regel-Störungen**  
meine **unübertroffenen schnell wirkenden Original-Mittel.** Ich überreibe nicht, sondern helfe täglich zahlreichen Frauen. Schreiben Sie mir, wie lange Sie kranken und ich will Ihnen helfen. Nur dann können Sie Ihres Lebens wieder froh sein.  
**Erfolge** auch in den Fällen durch viele Dankschreiben nachgewiesen, trotzdem unschädlich, ohne Verunsicherung, wofür **Reelle Garantie** sonst **Geld zurück.**  
Verfand streng reell und diskret.  
Frau D. aus A. schreibt: Sie machten mich **überglücklich** durch den Gebrauch Ihrer Mittel, da sich die Wirkung schon in 1 Tage **vollkommen schmerzlos** einstellte, wofür ich Ihnen dankbar bin, jede Frau sollte nur Ihre Mittel gebrauchen.  
**Frau B. Aldermann,**  
Hamburg 200,  
Schanzenstraße 46 L.